

statten, gab den antifaschistisch-demokratischen Kräften in Deutschland neuen Auftrieb und half ihnen, die schwere und verantwortungsvolle Arbeit der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaues Deutschlands in Angriff zu nehmen.

Deutschland wurde gemäß den Abmachungen in Potsdam in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Regierungsbefugnisse wurden dem von allen vier Mächten gebildeten Kontrollrat übertragen. Der Kontrollrat hatte die gewissenhafte Durchführung des Potsdamer Abkommens zu kontrollieren. Den Deutschen sollte ins Bewußtsein gebracht werden, daß sie der Verantwortung für das, was sie über sich heraufbeschworen hatten, nicht entrinnen können. Der Kontrollrat sollte den gutwilligen Kräften helfen, den Militarismus in Deutschland auszurotten und die Kriegsverbrecher einer gerechten Strafe zuzuführen. Der Kontrollrat sollte in Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Kräften des deutschen Volkes die Vorbereitungen für die Umgestaltung des politischen Lebens auf friedlicher demokratischer Grundlage treffen, im Bildungswesen die verderblichen nazistischen Wahnideen ausschalten, um eine erfolgreiche Entfaltung demokratischer Ideen zu ermöglichen. Vor allen Dingen aber mußten die Wurzeln allen Übels, die Herrschaftsinstrumente des deutschen Imperialismus, die Truste und Monopole, beseitigt werden, um den Aufbau einer dem Frieden dienenden Wirtschaft zu ermöglichen und eine von Deutschland ausgehende Kriegsbedrohung ein für allemal zu unterbinden. Deutschland übernahm die Verpflichtung, die Reparationen gewissenhaft und pünktlich zu erfüllen, und hoffte, nach genauer Einhaltung aller Verpflichtungen einen Friedensvertrag zu erhalten, der ihm die Möglichkeit gäbe, in einer friedlichen Welt als gleichberechtigtes friedliches Volk zu leben.

Ihrer unveränderlichen Friedenspolitik getreu, verfocht die Sowjetunion im Laufe der ganzen Nachkriegsperiode ein Programm, das die genaue Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse und deren Realisierung vorsah, ein Programm, das auf der Zusammenarbeit der Großmächte basierte und der internationalen Sicherheit diene. Sie förderte die Bildung von antifaschistisch-demokratischen Parteien in ihrer Besatzungszone und unterstützte sie in ihrer Politik der Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Mit der aktiven Hilfe der Sowjetregierung wurde in der sowjetischen Besatzungszone das Potsdamer Abkommen realisiert, wurden die Kräfte des Militarismus und Nazismus beseitigt und die Kriegsverbrecher bestraft. Die Monopole, Kartelle und Syndikate wurden aufgelöst und alle Kräfte für den Aufbau einer Friedenswirtschaft mobilisiert.

Als die Spaltungsmaßnahmen im Westen Deutschlands durch die Bildung des Bonner Marionettenstaates immer unerträglicher wurden, zog das deutsche Volk die Lehren aus seiner Geschichte und handelte konsequent und entschlossen. Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes nahmen, vom Gefühl der Verantwortung für die Zukunft ihrer Heimat, vom Gefühl der Verantwortung vor der ganzen Welt geleitet, die Geschicke ihres Landes in die eigenen Hände. Die Regierung der Sowjetunion übertrug ihnen die Verwaltungsfunktionen. Dieser Akt entsprach dem ureigensten Interesse des gesamten deutschen Volkes. Er war ein Teil der Erfüllung des Potsdamer Abkommens.

In seinem Bestreben, in der Deutschen Demokratischen Republik eine dem Frieden, dem materiellen und kulturellen Wohlstand der Bevölkerung dienende Wirtschaft aufzubauen, wurde das deutsche Volk in der großzügigsten Weise von der Regierung der Sowjetunion unterstützt. Auf Initiative des Politbüros der SED bat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Regierung der UdSSR, die festgelegten Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu überprüfen und zu vermindern. Daraufhin setzte die Regierung der Sowjetunion die noch zu leistenden Reparationszahlungen um 50%<sup>h</sup> auf 3171 Millionen Dollar, herab und gestattete die Erfüllung dieser restlichen Reparationsverpflichtung mit Waren aus der laufenden Produktion, verteilt auf fünfzehn Jahre. Viele Industriebetriebe, die nach dem Potsdamer Abkommen hätten demontiert werden können, wurden dem deutschen Volke zurückgegeben und erhöhten die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes bedeutend.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung arbeiteten die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik an der Übererfüllung des Zweijahrplanes. In Tausenden von Entschlüssen und Resolutionen der Betriebsbelegschaften in der Deutschen Demokratischen Republik wurde gefordert, diesen Friedensplan statt am 31. Dezember schon bis zum 20. Juli 1950, dem III. Parteitag der SED, zu erfüllen, um anschließend in einem neuen größeren Fünfjahrplan die Basis für den Wohlstand des deutschen Volkes zu legen. Der Ausbau von Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, wurde in Angriff genommen. Die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien haben bereits einen beachtlichen Umfang angenommen. So geht die Deutsche Demokratische Republik unbeirrt und konsequent den Weg der Erfüllung des Potsdamer Abkommens, den Weg, der einzig und allein den Frieden in Europa und in der Welt garantiert.

Im Sinne einer weiteren Festigung des Friedens wurde von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Juni 1950 ein neuer Schritt unternommen: der Abschluß des bedeutungsvollen Abkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze. Dieses Abkommen setzt den Schlußstrich unter die Politik des Hasses, den die herrschenden Schichten beider Völker jahrhundertlang geschürt hatten, und erklärt die Oder-Neiße-Grenze zu einer Grenze des Friedens, des nachbarlichen Zusammenlebens und der Freundschaft. Diese Tat, die getragen wird von allen patriotischen Kräften unseres Volkes, ist ein Schlag, der unter den Kriegshetzern große Verwirrung hervorgerufen hat. In ohnmächtiger Wut verstärkten die chauvinistischen Kreise Westdeutschlands ihre Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen, wobei sie sich heuchlerisch auf das Potsdamer Abkommen beriefen, das von ihnen bisher zerrissen und in keiner Weise respektiert wurde.